

Unsozial und unökologisch

Die Gießkanne



Foto: Philip Eichler

Der Krieg in der Ukraine verschärft den Kampf um Energieressourcen. Die Klimakrise wird immer bedrohlicher. Und die dritte Krise in diesem Zusammenhang, die darin besteht, dass viele Menschen ihren Grundbedarf nicht mehr finanzieren können, spitzt sich zu. Denn jetzt hat sie begonnen, die in diesem Winter so gefürchtete Heizperiode – und mit ihr in den Haushalten der Geringverdienenden die tägliche Abwägung, ob sie sich das Heizen heute leisten können, oder lieber noch einen weiteren Tag frieren. Denn eine günstige Grundversorgung, die sich nach Haushaltsgröße richtet, ist noch lange nicht in Sicht. Stattdessen plant die Bundesregierung eine Gaspreisbremse, die weiterhin Vielverbraucher*innen bevorzugt, weil sie den bisherigen Verbrauch als Bemessungsgrundlage beibehält: Ein Haushalt in einer Zwei-Zimmer-Wohnung bekommt

ebenso 80 Prozent seiner Energiekosten subventioniert wie der in einer 400-Quadratmeter-Villa mit Pool.

Dieses Prinzip der Verteilung von Hilfen mit der Gießkanne ist unsozial und unökologisch. Ärmere Menschen, die wenig verbrauchen, bekommen weniger, während Verschwendung derer, die es sich leisten können, auch noch honoriert wird. Und während die gedeckelten Preise für Haushalte nach den bisherigen Plänen erst ab März nächsten Jahres gelten, sollen Industrieunternehmen bereits ab Januar von dieser Unterstützung profitieren – ohne dass diskutiert wird, ob diese Unternehmen weiterhin Dividenden und Manager-Boni auszahlen dürfen, womit Verluste wieder sozialisiert, Gewinne privatisiert würden. Statt solcher »Gießkannenhilfe« müsste die Energiepolitik eine grundsätzlich andere

Inhalt

Hintergrund

- Wutwinter von rechts – 2 –
- Energiecharta-Vertrag – 3 –
- Atomausstieg – 4 –
- »Energiedemokratie« – 5 –
- Proteste im Iran – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –
- Aktiv
- Podcast Wirtschaftspolitik – 9 –
- Lützerath schützen – 9 –

Portrait

- Neue Attac-Geschäftsführung – 10 –
- Kiosk
- Angebote im Webshop – 11 –

Richtung nehmen. Ein schneller Ausbau erneuerbarer Energien steht dabei an erster Stelle. Aber auch der Energieverbrauch der Wirtschaft gehört offengelegt und auf den Prüfstand. Nur so kann öffentlich debattiert werden, welche Produkte und Dienstleistungen wir uns künftig als klimaneutrale Gesellschaft leisten wollen. Denn letztlich darf weder die Versorgung mit lebenswichtigen Ressourcen Konzernen überlassen bleiben, noch deren Verbrauch sich am Bedarf von Konzernen orientieren. Die Gesellschaft, wir alle, müssen gemeinsam entscheiden können, was, wo und wie produziert und verteilt wird. Nur so besteht eine Aussicht darauf, die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt vor Profitinteressen zu stellen und einen sozial-ökologischen Umbau wahr werden zu lassen.

Wie die radikale Rechte Abstiegsängste für sich nutzt

Eiskaltes Kalkül mit einem Winter der Wut



Foto: Philip Eichler

Das ausgehende Jahr 2022 hat eine weitere Zuspitzung von Krisen markiert: Bereits seit mehr als zwei Jahren wütete eine Pandemie, begünstigt durch Natur- und Artenzerstörung, als Russland am 24. Februar die Ukraine überfiel – mit neuerlichen globalen Auswirkungen.

Während die entstandenen Fluchtbewegungen aus der Ukraine weitgehend gut aufgefangen werden konnten, treffen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auch europäische Gesellschaften hart: Rasant steigende Energiepreise und Inflation wirken sich verheerend auf Armutsbetroffene aus und führen zu wachsenden Existenzängsten auch in der unteren Mittelschicht. Unmittelbarer als die Klimakrise stellen die jetzigen Knappheiten schließlich das gesamte Wirtschaftsmodell des Industriestandorts Deutschland mit seinem gewaltigen Energiehunger im Hier und Jetzt deutlich in Frage. Die Notwendigkeit einer Transformation lässt sich kaum mehr verdrängen – so möchte man meinen.

Und dennoch ist es aus einer psychologischen Perspektive nachvollziehbar, dass exakt dies in Teilen der Gesellschaft geschieht: Während nahezu jede*r genug von den Krisen unserer Zeit hat, sind noch lange nicht alle bereit, deren Ursachen anzuerkennen und diese auf der Basis einer solchen Analyse nachhaltig zu

überwinden. Stattdessen wünschen sich manche nichts mehr als ein Zurück in die Stabilität vergangener Zeiten – ohne zu sehen, dass diese nur vermeintlich bestand. Denn selbst wenn man ignoriert, dass so etwas wie Sicherheit schon in der Vergangenheit nur für einen Teil der Gesellschaft erfahrbar war, wird der in Folge unseres Wirtschaftens drohende Klimakollaps alles Gekante in Frage stellen.

Verdrängung wäre vor diesem Hintergrund der einfachste Ansatz, er bleibt jedoch nicht der einzige. In den bereits unmittelbar erfahrbaren Krisen wird auch immer mehr Menschen bewusst: Existenznöte sind nicht notwendigerweise die Konsequenz eines vermeintlich persönlichen Schicksals – sozialer Abstieg ist Folge der regierenden Politik.

Auf dieser Basis demonstrierten einerseits emanzipatorische Kräfte wie Attac einen »solidarischen Herbst«, und stehen weiterhin in aller Deutlichkeit für eine sozial-ökologische Transformation ein. Auf der anderen Seite setzen Rechtsradikale gleichzeitig auf einen Winter der Wut.

Letzteres ist Teil einer besorgniserregenden Kontinuität. Die radikale Rechte bedient seit Jahren und mit steigendem Erfolg jeden sich bietenden Hebel, um Diskurse nach rechts zu verschieben und an Macht zu gewinnen. Die

Zuwanderung von Flüchtenden aus der Ukraine kann kaum rassistische Ressentiments mobilisieren, und schon seit der breiten Mobilisierung des #unteilbar-Bündnisses für Solidarität statt Ausgrenzung ist rechtsradikalen Organisationen und Bewegungen klar, dass es auch anderer Themenfelder bedarf, um Hass zu schüren und die Demokratie zu zerstören.

Nach den menschenverachtenden Hetzreden und -jagden gegen Flüchtende ab 2015 und im Anschluss an die ebenso menschenverachtende Ablehnung nahezu jedweder Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in den vergangenen beiden Jahren sollen die Proteste der radikalen Rechte nun in diesem Winter »nachhaltig, unversöhnlich und grundsätzlich werden« – so zumindest ein Mitbegründer eines in der rechtsradikalen Szene einflussreichen Think-Tanks.

Emanzipatorische Kräfte müssen sich angesichts solcher Entwicklungen gewahr sein:

- Es gibt keine Solidarität von rechts: Radikale rechte Kräfte haben ein allein instrumentelles Interesse an den Krisen unserer Zeit – sie nutzen diese zur Zerstörung der Demokratie.
- Es gibt keine Solidarität mit rechts: Ungeachtet aller persönlichen Interessen von Menschen, die auf rechten Demonstrationen »mitlaufen«, brauchen wir eine zukunftsorientierte Politik, die insbesondere diejenigen in den Mittelpunkt rückt, die unter der herrschenden Politik leiden, und diejenigen schützt, die von der radikalen Rechten mit Hass überschüttet und im schlimmsten Fall umgebracht werden.
- Wer den Diskursen einer offensichtlich strategisch handelnden radikalen Rechten hinterherläuft und diese zu drehen versucht, stärkt sie nur, statt sie zu schwächen.

Als Attacies setzen wir uns für eine sozial-ökologische Transformation ein. Für die Proteste von rechts dagegen spielt die Energiewende keine Rolle; sie stören sich nicht daran, dass jeder weitere Schritt zurück zur intensiven Nutzung fossiler Energien uns weiter von der Demokratie entfernt. Denn der klimatische Kollaps lässt sich nicht moderieren.

Judith Amler ist Mitglied der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe gegen rechts.

Öffentlicher Druck wirkt

Sieben EU-Staaten verlassen den ECT

»Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle – mit dem Fuß auf dem Gaspedal.« Eindringlich warnte UN-Generalsekretär Guterres auf der Weltklimakonferenz vor katastrophalen Folgen des Klimawandels. Dennoch binden sich Staaten an den rückständigen Energiecharta-Vertrag (ECT), obwohl dieser die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen blockiert.

Der ECT ist ein internationales Handels- und Investitionsabkommen für den Energiesektor, das Ende der 1990er Jahre in Kraft trat. Es sollte den Handel mit fossilen Energieträgern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR fördern und westliche Investoren vor Enteignung schützen. Heute zählt der ECT mehr als fünfzig Vertragsparteien: die EU, ihre Mitgliedsstaaten, Staaten im Nahen Osten, in Zentralasien, Japan und EURATOM. Beständig wirbt das Sekretariat für die Ausweitung auf Staaten im globalen Süden. Der Vertrag regelt Handel und Transit im Energiesektor, unter anderem schützt er Investitionen in Öl- und Gasfelder, Kohleminen, Kraftwerke, Pipelines, Gasspeicher oder Flüssiggas-Terminals.

Kernelement des ECT ist das Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS) mit einseitigen Klagerechten für Energiekonzerne. Sie haben dadurch die Macht, Staaten auf Schadenersatz zu verklagen, wenn sie sich durch höhere Umweltschutzstandards in ihrem Recht auf »faire und gerechte Behandlung« oder in ihrem »Recht auf Eigentum« verletzt und ihre Gewinne als gefährdet betrachten.

Anders als bei staatlichen Gerichten entscheiden bei Streitbeilegungsverfahren private Wirtschaftsanwälte. Die Verfahren sind intransparent, gegen Entscheidungen ist keine Berufung möglich. Bei den Klagen geht es teilweise um Milliardenbeträge; Konzerne erhalten Entschädigungen für das Ausbleiben »zukünftig erwarteter Gewinne«, also für Gewinne, die sie ohne neue Gesetze zum Klimaschutz hätten erzielen können.

Zwar können Investoren Staaten nicht zwingen, Maßnahmen zurückzunehmen. Aber bereits die Androhung von Entschädigungsklagen behindert Staaten, ihr Energiesystem klimaneutral umzubauen. Denn mit 150 bekannten Fällen ist der ECT heute das meist genutzte Abkommen für ISDS-Verfahren, zwei Drittel der Klagen sind innereuropäisch und haben die beteiligten Staaten schon Summen in hundertfacher Millionenhöhe an Strafen gekostet – wegen der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen!



Foto: Jörg Farys

Vertragsstaaten können jederzeit ihren Austritt aus dem ECT mitteilen. Er enthält aber eine Sunset-Klausel, wodurch bestehende Investitionen ab Kündigung noch 20 Jahre geschützt sind; so ist Italiens Austritt 2016 wirksam geworden, der Investitionsschutz gilt bis 2036.

2018 einigten sich die ECT-Mitglieder auf Verhandlungen zu einer Modernisierung des Abkommens, die im Juni 2022 mit einer grundsätzlichen Einigung abgeschlossen wurden. Ziel der EU war es, den Vertrag in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und dem EU Green Deal zu bringen.

Der reformierte ECT bleibt jedoch ein rückständiger Vertrag, der einer Abkehr von fossiler Energie im Wege steht. Zwar soll für die EU und Großbritannien der Investitionsschutz für bestehende fossile Investitionen 2033 enden, aber für alle anderen Vertragsstaaten läuft er unbegrenzt weiter. Überdies wird der Schutz auf neue Energieträger (Biogas, Biomasse, Wasserstoff) und neue Technologien ausgeweitet. Die Sunset-Klausel bleibt im Vertrag, ebenso das ISDS-Schiedsverfahren, ausgeschlossen sind Intra-EU Schiedsverfahren.

Zusammen mit anderen europäischen Akteur*innen der Zivilgesellschaft kämpft Attac seit Jahren für den koordinierten Ausstieg der

gesamten EU aus dem ECT; das Europäische Parlament drängt ebenfalls darauf. Jetzt zeitigt der Widerstand gegen das Abkommen erste Erfolge: Seit Oktober haben inzwischen sieben Mitgliedsstaaten der EU ihren Ausstieg aus dem ECT angekündigt.

Die Kommission dagegen besteht nachdrücklich darauf, dass die EU als eigenständiges Mitglied im reformierten Vertrag bleibt. Bei der Abstimmung der EU-Botschafter*innen dazu verhinderte jedoch eine Sperrminorität aus Frankreich, Spanien, Deutschland und den Niederlanden ein Mandat für die EU. So konnte diese auf der ECT-Konferenz am 22. November dieses Jahres die Modernisierung des ECT nicht unterstützen und beantragte, den Punkt von der Tagesordnung zu streichen. Voraussichtlich im April 2023 wird die Konferenz zu einer Sitzung zusammenzutreten in einem neuen Versuch, die Annahme des modernisierten ECT zu beschließen.

Ebenfalls noch im November hat das Europäische Parlament eine Resolution zum ECT angenommen, in der die EU und alle Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, aus dem Vertrag koordiniert auszutreten. Auch wir machen weiterhin Druck: »Exit ECT!«

Hanni Gramann ist Mitglied der Attac-Arbeitsgemeinschaft Welthandel und WTO.

Weiterbetrieb der Atomkraftwerke

Gefährlich und überflüssig!

Die Entscheidung, die drei letzten deutschen AKW noch einige Monate weiterlaufen zu lassen, ist der traurige Höhepunkt einer absurden Debatte. Sie zeigt: Die Anti-Atom-Bewegung muss den Druck aufrechterhalten, bis alle Atomanlagen endgültig abgeschaltet sind.

Am 11. November, pünktlich zum Karnevalsbeginn, stimmte der Bundestag für einen Weiterbetrieb der AKW Emsland, Isar-2 und Neckarwestheim-2 bis zum 15. April 2023. Grüne, SPD und FDP änderten das Atomgesetz, strichen den lange feststehenden und im ganz großen Parteienkonsens getroffenen Abschalttermin zum Jahresende und öffneten damit die Tür für weitere Laufzeitverlängerungsdebatten.

Für die Energieversorgung notwendig ist der Weiterbetrieb nicht – auch nicht in diesem Winter. Es gibt auch ohne Atomkraftwerke genügend Strom für den deutschen Energiebedarf. Auf die verbrauchte Gasmenge haben die AKW ohnehin keinen relevanten Einfluss – laut »Stresstest« der Übertragungsnetzbetreiber reduziert der Weiterbetrieb bis April den deutschen Gasverbrauch um weniger als 0,2 Prozent. Und die Strompreise werden weiterhin von den teuren Gaskraftwerken bestimmt, der Weiterbetrieb hat auch auf sie keine spürbaren Auswirkungen. Auch angesichts der europäischen Situation – zum Beispiel der massiven AKW-Ausfälle in Frankreich – und der Forderung nach europäischer Solidarität gilt: Für mehr Stromexport braucht es mehr Leitungen, nicht mehr Kraftwerke.

Real ist dagegen das Risiko: Die deutschen AKW sind nicht sicher. Zu den grundsätzlichen Gefahren der Atomkraft kommen ganz konkrete und bereits bekannte Sicherheitsprobleme. Im AKW Neckarwestheim-2 wurden in den letzten Jahren mehr als 350 Risse an Rohren des Primärkreislaufs entdeckt, zuletzt mit steigender Tendenz. Risse der gleichen Art wurden auch im AKW Emsland gefunden – und auch hier in den letzten Jahren nicht umfassend kontrolliert. Obwohl baugleich mit Neckarwestheim 2 und Emsland, verweigern die Betreiber des AKW Isar-2 bislang Risskontrollen – die bayerische Atomaufsicht lässt es zu. Den »Stand von Wissenschaft und Technik«, der auch nach Forderung des Bundesverfassungsgerichts Maßstab für die Sicherheitsbewertung sein muss, erfüllen die deutschen AKW nicht.



Foto: acmphoto.de

Der Weiterbetrieb der AKW ist eine rein politische Entscheidung – mit Fakten hat dies reichlich wenig zu tun. SPD und Grüne lassen sich von den Angst-Kampagnen von FPD, CDU/CSU und AfD treiben. Diese versuchen seit Beginn des Ukraine-Krieges und in Ermangelung eigener politischer Ideen, mit der Forderung nach jahrelangen Laufzeitverlängerungen politisch zu punkten. Dabei setzen sie neben dem Märchen von der angeblich gefährdeten Versorgungssicherheit mehr und mehr auf das längst widerlegte Argument, dass Atomkraft für den Klimaschutz nötig sei – obwohl sie selbst die Energiewende und damit wirksamen Klimaschutz seit langem sabotieren.

Die SPD schaute der Kampagne der FDP lange Zeit nur zu und schwieg. Am Ende sah Kanzler Scholz in einem Machtwort eine Möglichkeit, den Koalitionsfrieden wiederherzustellen und sich als »Macher« zu präsentieren. Auch wenn es scheinbar nur um einige Monate längere Laufzeiten geht, jubelt die FDP. Die Grünen haben ihren Teil zu dieser Entwicklung beigetragen. Während die FDP auch die sinnvollsten Forderungen (Tempolimit) mit Verweis auf den Koalitionsvertrag abbügelt, geben die Grünen sich pragmatisch und bieten den Pro-Atom-Kampagnen immer weitere Ansatzpunkte, anstatt ihrerseits ein klares Veto zu spielen.

Jetzt nach der Weiterbetriebsentscheidung kommt es darauf an, wie sich die Debatte

entwickelt. SPD und Grüne betonen, dass der Bundestag trotz Änderung des Atomgesetzes den Atomausstieg festgeschrieben hat. Sie halten die Debatte um die Atomkraft damit für beendet. Wahrscheinlicher ist aber, dass nicht nur CDU und CSU, sondern auch die FDP im Frühjahr die Forderungen nach längeren Laufzeiten und neuen Brennelementen wieder hervorholen werden. Solange die AKW nicht endgültig abgeschaltet sind, werden CDU/CSU und FDP weiter versuchen, den Atomausstieg auch grundsätzlich in Frage zu stellen – und sei es nur, um sich parteipolitisch zu profilieren.

Um den drohenden weiteren Atom-Kampagnen ein Ende zu setzen und endlich für eine wirksame Energiewende zu sorgen, muss die Anti-Atom- und Klimabewegung jetzt aktiv werden. Die Kampagne »Runterfahren« hat nach der Auftaktblockade von Neckarwestheim Ende November bereits weitere Blockaden angekündigt. Weitere Gelegenheiten für öffentlichen Protest bietet beispielsweise der Fukushima-Jahrestag am 11. März. Es bleibt dabei: Atomausstieg bleibt Handarbeit.

Julian Bothe ist bei der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt zuständig für den Bereich Klimakrise und Atomkraft.

ausgestrahlt.de/stresstest

Gespräch mit Lisa Mittendrein von Attac Österreich

»Wir brauchen eine demokratische Kontrolle des Energiesektors«



Foto: Philip Eichler

Warum spielen die Energiepreise verrückt?

Die Preise steigen bereits seit Sommer 2021: als Folge leerer Speicher nach einem kalten Winter, wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs und, wie wir heute wissen, weil Gazprom die Liefermengen gedrosselt hat. Explodiert sind die Preise dann mit dem Beginn des Ukrainekriegs. Am Anfang war es die Angst vor den Folgen des Kriegs für die europäische Energieversorgung. Seit Russland die Liefermengen immer weiter einschränkt, hat sich die Lage verschärft.

Das Problem ist nicht nur der Ukrainekrieg, sondern die politische Gestaltung unserer Energieversorgung: Die Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe und die liberalisierten Energiemärkte.

Wie ist dieser liberalisierte Energiemarkt strukturiert?

Durch die Liberalisierung wurden die Energieerzeugung, das Netz und der Vertrieb voneinander getrennt. Der Handel mit Energie funktioniert seither so, dass Energieproduzenten, -versorger und -großabnehmer Strom und Gas an Energiebörsen handeln. Das tun sie für die nächsten Stunden, den nächsten Tag oder Monat oder das nächste Jahr. Dadurch ergeben sich starke Preisschwankungen, vor allem in unsicheren Situationen. Das System ist darauf ausgelegt, kurzfristig die Preise zu optimieren, statt langfristig zu planen.

Die Liberalisierung und Integration der Energieversorgung hat die EU ab Anfang des Jahrtausends schrittweise umgesetzt. Das Versprechen waren damals niedrigere Preise für Haushalte und Industrie durch mehr Wettbewerb. Doch wie sehr die Preise tatsächlich gesunken sind, ist umstritten.

Ökologisch ist die Bilanz durchwachsen. Denn mit Marktmechanismen lässt sich kein ökologischer Umbau des Energiesystems sicherstellen. Die Marktmacht der fünf größten europäischen Energiekonzerne ist mit der Liberalisierung enorm gewachsen. Sie haben beim Ausbau erneuerbarer Energien jedoch völlig versagt und behindern die Energiewende sogar noch über internationale Schiedsgerichtsklagen.

Die aktuelle Krise zeigt, dass wir eine starke öffentliche und demokratische Kontrolle über die Energieproduktion und -verteilung brauchen. Statt des profitorientierten Marktes soll es mittelfristig einen kooperativen europäischen Energierraum geben. Strom und Gas sollen nicht mehr über Börsen gehandelt werden. Der nötige Ausgleich und der Handel von Energie sollte über öffentlich kontrollierte Stellen ablaufen und damit Sicherheiten garantieren.

Wie schaffen wir es, dass Energie gespart wird – aber nicht nur von Menschen mit wenig Geld?

Energie ist ein Grundbedürfnis – Kochen, Duschen und Heizen müssen für alle möglich sein. Gleichzeitig ist Energie ein kostbares Gut,

und wir müssen den gesellschaftlichen Verbrauch aus ökologischen Gründen stark senken. Um soziale und ökologische Ziele zu verbinden, fordert Attac Österreich einen dauerhaften Energie-Grundanspruch. Der Grundbedarf an Energie soll als Teil der Daseinsvorsorge allen kostenlos oder sehr günstig zur Verfügung stehen. Dabei sind ein paar Faktoren, allen voran die Haushaltsgröße, zu berücksichtigen. Jenseits dieses Grundbedarfs sollen die Preise progressiv ansteigen, um verschwenderischen Verbrauch zu senken. In Deutschland hat das Konzeptwerk Neue Ökonomie eine ähnliche Forderung, die auch von Attac Deutschland unterstützt wird.

Wie sieht das Finanzierungsmodell aus?

Der Energie-Grundanspruch finanziert sich zum Teil selbst, weil hoher Verbrauch teuer wird. Die Energieversorger müssen diese Mehreinnahmen mit den Kosten für den Energie-Grundanspruch verrechnen. Die Lücke kann durch die öffentliche Hand kompensiert werden, allerdings nur unter klaren Voraussetzungen, etwa dem Verbot von Dividenden-Ausschüttungen und Manager-Boni. Grundsätzlich können Differenzen aber mit einer Übergewinnsteuer abgedeckt werden.

Was sind die wesentlichen Pfeiler eures Alternativmodells »Energiedemokratie«?

Energiedemokratie ist die Vision für die Zukunft unseres Energiesystems. Sie bezeichnet das Recht der Menschen, dieses System selbst zu kontrollieren und seinen ökologischen und sozialen Umbau rasch umzusetzen. Dieser Umbau hat drei Säulen. Erstens die ökologische Säule, also die deutliche Senkung des Energieverbrauchs und der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie. Zweitens die Demokratisierung des Energiesystems, das heißt eine weitgehende Vergesellschaftung der Erzeugung und Verteilung von Energie und den Aufbau von alternativen Strukturen. Das können Bürger*innenkraftwerke, Energiegenossenschaften und demokratische Stadtwerke sein. Die dritte Säule ist der universelle Zugang zu Energie.

Lisa Mittendrein ist Wirtschaftsexpertin bei Attac Österreich. Das Interview führte Hannah Schurian von der Zeitschrift Luxemburg. Ungekürzter Erstabdruck unter zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-krise-zeigt-wir-brauchen-eine-demokratische-kontrolle-des-energiesektors – herzlichen Dank für die Abdruckgenehmigung!



European-Übergewinnsteuer-Contest, Foto: attac.de



9-Euro-Ticket weiterfahren!, Foto: attac.de

Rückblick

8. September 2022

Nein zur Aktienrente!

Attac startet Petition mit namhaften Erstunterzeichner*innen

Die deutsche Rentenversicherung soll nach dem Willen der Bundesregierung in Zukunft mit den Versichertenbeiträgen an der Börse spekulieren. Deshalb hat Attac die Petition »Nein zur Aktienrente!« gestartet und fordert den Verzicht auf Kapitaldeckung, eine Erhöhung des Rentenniveaus und den Ausbau zu einem Rentensystem, das Altersarmut sicher verhindert! Zu den Erstunterzeichner*innen gehören Christoph Butterwege, Professor für Politikwissenschaft, Rudolf Hickel, Professor für Finanzwirtschaft und Axel Troost, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.

16. September 2022

European-Übergewinnsteuer-Contest

Mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt haben Attac-Aktivist*innen die Bundesregierung aufgefordert, eine konsequente Übergewinnsteuer einzuführen. Attac schlägt vor, dass bei einer Steigerung der Gewinnrate um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre der darüberliegende Gewinnanteil mit einem Steuersatz von 50 Prozent besteuert wird. Bei einer Steigerung um mehr als 100 Prozent soll der entsprechende Gewinnanteil mit einem Steuersatz von 80 Prozent besteuert.

19. bis 24. September 2022

Aktionswoche CETA-Ratifizierung stoppen!

Mit Aktionen an mehr als 60 Orten in ganz Deutschland brachten Bürger*innen, darunter viele Attac-Aktive, ihren Protest gegen

das Handels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Kanada (CETA) zum Ausdruck. Anlass für die Protestwoche war die geplante Ratifizierung von CETA durch die Bundesrepublik Deutschland sowie der fünfte Jahrestag der vorläufigen Inkraftsetzung von großen Teilen des Abkommens. Zu den Aktionen aufgerufen hat das zivilgesellschaftliche Netzwerk Gerechter Welthandel, in dem sich auch Attac engagiert.

23. September 2022

Attac beim weltweiten Klimastreik

Zusammen mit einem breiten Bündnis fordert Attac von der Bundesregierung den konsequenten Ausstieg aus Kohle, Öl, Gas und Atomkraft, eine grundlegende Verkehrswende, gezielte Entlastungen für Menschen mit geringem Einkommen sowie eine stärkere finanzielle Unterstützung des globalen Südens zur Wiedergutmachung klimabedingter Schäden und für die Bewältigung der Klimakrise.

7. Oktober 2022

9-Euro-Ticket weiterfahren! – Übergabe der Unterschriften

Das 9-Euro-Ticket war eine Erfolgsgeschichte und hat gezeigt, dass soziale und ökologische Probleme zusammen angegangen werden können und müssen. Die Initiative »9-Euro-Ticket weiterfahren«, unter Beteiligung von Attac, hat rund 20.000 Unterschriften für seine Fortführung sowie für massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr gesammelt. Mit einer kleinen Aktion vor dem Verkehrsministerium wurden die Unterschriften an Verkehrsminister Volker Wissing übergeben.

7. bis 9. Oktober 2022

Vergesellschaftungskonferenz

Auf der Konferenz »Vergesellschaftung: Stra-

tegien für eine demokratische Wirtschaft«, die vom 7. bis 9. Oktober 2022 an der TU Berlin stattfand und von Attac mitorganisiert wurde, wurde über Ansätze und Strategien für eine gemeinwohlorientierte, klimagerechte Wirtschaft und soziale Daseinsvorsorge, etwa in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Energie, Gesundheit und care, digitale Infrastrukturen und mit Blick auf die Finanzmärkte diskutiert. Mit dabei waren über 800 Menschen, darunter Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen, Politiker*innen und Vertreter*innen von Verbänden.

13. Oktober 2022

Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft« fordert Milliarden-Investitionen

Anlässlich der Verkehrsminister*innenkonferenz fordert das Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft«, dem auch Attac angehört, massive Investitionen in den ÖPNV, um eine Verdoppelung des Fahrgastaufkommens bis 2030 zu ermöglichen. Das Bündnis fordert ein ÖPNV-Angebot, das soziale und ökologische Mobilität für alle ermöglicht. Bezahlbare und einfache Tickets sieht es als wichtigen Baustein, der allein jedoch nicht ausreicht. Für die Mobilitätswende muss der ÖPNV attraktiver werden. Dafür braucht es hohe und dauerhafte Investitionen in Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, Barrierefreiheit, Personal und Fahrzeuge.

22. Oktober 2022

#SolidarischerHerbst: Für soziale Sicherheit und Energiewende

Zusammen mit 24.000 Menschen sind Attac-Aktive in Berlin, Düsseldorf, Dresden, Frankfurt am Main, Hannover und Stuttgart auf die Straße gegangen. Von der Bundesregierung forderten sie eine solidarische Politik, die



#SolidarischerHerbst, Foto: Philip Eichler



Solidarität mit den Protesten im Iran, Foto: attac.de

zugleich die Weichen stellt, um die Abhängigkeit von fossilen Energien zu beenden. Dabei machten die Teilnehmer*innen deutlich, dass sie solidarisch an der Seite der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands stehen. Organisiert wurden die Demonstrationen von einem breiten Bündnis, dem neben Attac auch der Paritätische Gesamtverband, die Gewerkschaften Verdi und GEW, Campact, der BUND und Greenpeace sowie die Bürgerbewegung Finanzwende und die Volkssolidarität angehören.

21. bis 23. Oktober 2022

Herbstratschlag in Frankfurt am Main

Der Herbstratschlag stand ganz im Zeichen der Energiekrise und der Suche nach sozialen Antworten darauf. Den Auftakt bildete am Freitag eine Podiumsdiskussion zu dieser Frage, am Samstag beteiligten sich die Teilnehmer*innen mit einem kraftvollen Block an der Frankfurter Demonstration des Bündnisses solidarischer Herbst. Des Weiteren wurde auch intensiv über den Erneuerungsprozess sowie diverse Beschlussvorschläge diskutiert.

23. Oktober 2022

Attac solidarisiert sich mit den Protesten der iranischen Zivilgesellschaft

Attac solidarisiert sich mit den FLINTA*s und allen Menschen in Iran, die dort seit der Ermordung von Jina Mahsa Amini gegen das menschenverachtende Mullah-Regime protestieren. Gleichzeitig fordert Attac einen sofortigen bundesweiten Abschiebestopp nach Iran, sowie eine eindeutige Positionierung der Bundesregierung. Es muss deutlich werden: Menschenrechte gehen vor Profit! Als konkrete Geste der Solidarität mit den Protesten haben sich Attac-Aktivistas am Rande des Herbstratschlags die Haare abgeschnitten.

12. November 2022

Lützerath schützen – 1,5-Grad-Grenze einhalten!

Über 2.000 Menschen folgten dem Aufruf eines Bündnisses unter Beteiligung von Attac und stellten sich schützend vor das vom Braunkohleabbau bedrohte Dorf Lützerath. Das Dorf soll laut Plänen der Bundesregierung für die Profitinteressen von RWE abgerissen werden, wird jedoch derzeit von Klimaaktivist*innen besetzt gehalten. Die Demonstrierenden forderten die Landesregierung dazu auf, mit RWE ein Räumungsmoratorium zu vereinbaren und den Tagebau auf klimaverträgliches Maß zu begrenzen. Desweiteren forderten sie einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.

19. November 2022

Aktionstag: Stoppt das Töten in der Ukraine! – Aufrüstung ist nicht die Lösung

Ein Bündnis aus Friedens- und antimilitaristischen Gruppen hatte für den 19. November unter dem Motto »Stoppt das Töten in der Ukraine! – Aufrüstung ist nicht die Lösung« zu bundesweiten dezentralen Aktionen aufgerufen und zahlreiche lokale Initiativen, darunter viele Attac-Aktive wurden aktiv: In über 30 Städten fanden Aktionen statt. Mit den Aktionen für Frieden und Abrüstung forderten die Beteiligten auch den Schutz von Menschen, die vor Kriegen fliehen, die Aufnahme von Militärdienstentzieher*innen, Kriegsdienstverweigerer*innen sowie Deserteur*innen.

13. Dezember 2022

Gemeinnützigkeit: Attac-Klage auf Akteneinsicht vor Gericht

Attac kämpft weiter um Transparenz im Verfahren über die Aberkennung seiner Gemeinnützigkeit. Nachdem das Bundesfinanzminis-

terium die Herausgabe von Dokumenten, die Aufschluss über die Kommunikation mit dem verfahrensführenden Bundesfinanzhof geben, verweigerte, kam es zur Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Berlin. Attac erhofft sich aus der Einsicht in die geschwärzten Dokumente Aufklärung darüber, inwieweit es sich bei dem Urteil des BFH um ein politisch motiviertes Urteil handelt. Zu Redaktionsschluss war das Urteil noch nicht bekannt.

Ausblick

21. Januar 2023

Wir haben es satt! – Gutes Essen für Alle, statt Profite für Wenige!

Attac beteiligt sich an der jährlich in Berlin stattfindenden Demonstration für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft, für Klima-, Tier- und Umweltschutz, sowie für globale Gerechtigkeit und gesundes Essen für alle. Ohne Agrar- und Ernährungswende ist keine sozial-ökologische Transformation denkbar und Klimagerechtigkeit unerreichbar.

24. Februar 2023

Stoppt das Töten in der Ukraine!

Am 24. Februar jährt sich die Invasion der russischen Armee in die Ukraine. Diesen Tag will ein Bündnis friedenspolitischer Initiativen nutzen, um für ein Ende des Tötens in der Ukraine sowie gegen die immer weiter eskalierende Aufrüstungsspirale zu demonstrieren. Dabei wird neben Forderungen nach Frieden und Abrüstung auch die bedingungslose Aufnahme von Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen gefordert werden.

Termine unter:
attac.de/veranstaltungen

Proteste in Iran

Widerstand ist (nicht nur) weiblich



Foto: Philip Eichler

Während dieser Rundbrief im November 2022 in Deutschland fertiggestellt wird*, ist Jina Mahsa Amini, eine kurdische Iranerin, seit mehr als zwei Monaten tot. Und in Iran bahnt sich eine Revolution gegen das menschenverachtende Mullah-Regime an.

Jina, so ihr ursprünglicher und von den Mullahs verbotener kurdischer Name, starb mit 22 Jahren, weil sie ihre Haare angeblich nicht »ordnungsgemäß bedeckt« hatte und deshalb in Gewahrsam genommen worden war. Die folgende Behandlung durch die iranische Sittenpolizei hat sie nicht überlebt.

Seither erlebt die iranische Diktatur eine landesweite Protestwelle, in der sich laut Augenzeug*innen sogar Frauen, die aus religiöser Überzeugung freiwillig einen Hidschab tragen, gegen das Regime der Mullahs erheben. Die Zivilgesellschaft agiert dabei so verzweifelt wie mutig: Ungezählte Frauen verstoßen in den Protesten gegen die von der Regierung vorgegebenen Kleiderordnung – anfangs als Zeichen der Solidarität mit Amini, und im Verlauf der Proteste immer deutlicher als Ausdruck ihrer generellen Wut auf alltägliche Menschenrechtsverletzung. Wo sie nicht ihre Kopftücher abnehmen oder sich sogar öffentliche Haare abschneiden, verteilen sie Umarmungen an Passant*innen – auch dies

ein Verstoß gegen die islamistische Ordnung, in der solche Berührungen mit Personen, die nicht zur Familie gehören, verboten sind.

Das iranische Regime begegnet diesen Protesten mit tödlicher Gewalt. In den vergangenen Wochen hat es über 450 Menschen, darunter mindestens 50 Kinder, ermordet. Und dennoch gehen die Menschen in Iran unter Lebensgefahr weiter auf die Straßen, um für ihre Menschenrechte zu demonstrieren.

Vor diesem Hintergrund ist es verstörend, wie zurückhaltend die deutsche Bundesregierung auf die massiven Menschenrechtsverletzungen in Iran reagiert – so, wie sie auch zu den Angriffen des NATO-Partners Türkei auf kurdische Gebiete schweigt.

Wo es um die Bekämpfung fundamentalistischer Regime und autoritärer Kräfte geht, lohnt ein analytischer Blick, der die Bedeutung dieser Kämpfe offenbart, die weit über den Iran und Vorderasien hinausreicht: Frauen und ihre Verbündeten sind inzwischen nicht nur oftmals die ersten, sondern in vielen zivilgesellschaftlichen Kämpfen unserer Zeit sogar die nachhaltigsten Streiter*innen gegen Unterdrückung und für eine Wende jenseits der alltäglichen Gewalt.

Weiblicher Protest gegen Diktaturen hat eine lange Tradition. Gerade in diesen Tagen rief

der Tod der argentinischen Aktivistin Hebe de Bonafini in Lateinamerika die Bedeutung der »Madres de Plaza Mayo« in Erinnerung, die während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 wöchentlich und stumm gegen Menschenrechtsverbrechen an ihren Kindern protestierten. Auch auf der Nordhalbkugel nimmt weiblicher Protest wieder bedeutsam zu – vom russischen Performance-Kollektiv Pussy Riot, das gegen die frauenfeindliche Politik der russischen Regierung protestierte, über die pinke Pussyhats tragenden Frauen, die gegen den US-Präsidenten Trump demonstrierten, bis hin zu den deutschen Omas gegen Rechts, die sich in Deutschland der profaschistisch agierenden AfD entgegenstellen: Es sind immer öfter Frauen, die mit verbindender Aktion und inspirierendem Mut für einen Wandel eintreten.

Dabei gehört beides zusammen: Die Proteste sollen nicht nur inspirieren, sondern gleichfalls verbinden. In Iran gelingt es den Frauen heute, Männer auf ihre Seite zu ziehen und immer mehr Teile der Zivilgesellschaft in gemeinsame Bewegung zu bringen.

Die iranische Protestbewegung bedarf nicht nur unserer Solidarität – wir selbst müssen sie uns zum Vorbild nehmen: Wir dürfen uns nicht entlang geschlechtlicher Stereotypen spalten lassen. Schließlich begreifen Fundamentalisten und rechtsradikale Männer die zunehmende gesellschaftliche Anerkennung von Frauen, Homosexuellen, inter und trans Personen sowie von Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen, weltweit nicht nur rhetorisch als ein vermeintlich neues strategisches Handlungsfeld zur Erzeugung von Spaltung und Hass. Im Zweifelsfall agieren sie jenseits jeden Menschenrechts tödlich. Deshalb gilt es, alle Kräfte jenseits des Patriarchats zu stärken!

Mechthild Kilian ist Mitglied des Rats von Attac Deutschland und im Attac-FLINTA*Plenum aktiv.

* Aufgrund der bei Redaktionsschluss nicht abzusehenden Entwicklungen in Iran wird in diesem Beitrag auf den Zeitpunkt der Drucklegung dieses Rundbriefs hingewiesen. Der Ratschlag des deutschen Attac-Netzwerks hat sich im Herbst 2022 an die Seite der protestierenden iranischen Zivilgesellschaft gestellt: #JinJiyanAzad! Frauen! Leben! Freiheit!

Podcast mit Attac-Beteiligung

Wirtschaftspolitik neu denken!



Illustration: Anne Riedl

Radio Lora München ist ein Freies Radio, arbeitet unabhängig von kommerziellen Interessen und nicht gewinnorientiert. Der Sender

nimmt sich die Freiheit, anders zu sein und aus seinem Selbstverständnis als Community Radio ein anderes München im Rundfunk zu vertreten. Dabei sieht sich Lora München als Teil einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die sich für eine lebendige Demokratie engagiert und zur politischen Meinungsbildung beiträgt. Dazu passt deshalb natürlich, dass Münchner Attaciers schon seit über zehn Jahren auf Radio Lora an jedem ersten Mittwoch im Monat zu Themen rund um den Attac-Kosmos senden.

Seit September hat der Sender jetzt ein weiteres Format mit Attac-Beteiligung im Programm: Bei der neuen Podcast-Reihe »Wirtschaftspolitik neu denken« kooperiert der Sender mit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V., der Arbeitnehmerkammer Bremen, Attac und dem Bereich Wirtschaftspolitik bei Verdi. Verschiedene Expert*innen diskutieren jeden vierten Donnerstag im Monat, wie eine andere,

eine gerechtere Wirtschaftspolitik aussehen könnte. Bislang wurden drei Folgen gesendet. Die erste Folge beschäftigte sich mit Fragen der Inflation und ihrer Folgen: Wie lässt sich der Inflation sozial gerecht begegnen? Was können wir, was kann die Zivilgesellschaft dazu beitragen? Die zweite Folge nahm sich die Zukunft der Rente vor: Wie sicher ist die Rente wirklich? Wie funktioniert unser Rentensystem eigentlich? Was müsste sich ändern, damit die Rente dauerhaft sicher bleibt? Die dritte Folge schließlich war ganz dem Thema Steuern gewidmet: Wie müsste eine gerechte Steuerpolitik aussehen? Welche Schritte sind dafür nötig?

Es lohnt sich, die bisherigen Folgen nachzuhören und über zukünftige informiert zu bleiben! Alle Folgen und Infos dazu gibt es im Netz unter:

lora924.de/wirtschaftspolitik-neu-denken

Lützerath schützen – 1,5-Grad-Grenze einhalten



Foto: acmphoto.de

Am 20. August führen 200 Teilnehmer*innen der Europäischen Sommerakademie von Attac von Mönchengladbach nach Lützerath und haben dort eine rote Linie markiert. Sie bedeutete: Bis hierhin und nicht weiter.

Drei Monate später gilt das erst recht: Der Bund und die neue schwarz-grüne Landesregierung haben in einem zweifelhaften Deal dem Energiekonzern RWE zugestanden, unter dem Vorwand der »Versorgungssicherheit« bis 2030 im Tagebau Garzweiler mehr Braunkohle abzubauen, als mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar ist. Dafür soll das Dorf Lützerath abgerissen werden.

RWE ließ in den letzten Wochen Windräder abreißen, um noch mehr Kohle zu fördern. So zeigt sich in Lützerath die ganze Absurdität der aktuellen Energiepolitik. Statt mehr Braunkohle zu verfeuern und den Kohlekonzernen zusätzliche Milliardengewinne zu verschaffen, brauchen wir endlich einen schnellen Kohleausstieg. »Versorgungssicherheit« darf nicht bedeuten, der Erde mit dem Verbrauch fossiler Energien weiter einzuheizen. Die richtige Antwort ist ein schneller Umstieg auf erneuerbare Energien, statt an fossilen festzuhalten. Der Ausbau von Sonnen- und Windenergie, konsequentes Energiesparen in der Industrie sowie Energieeffizienz muss durch ein 100-Milliarden-Investitionsprogramm fürs Klima abgesi-

chert werden. Energiekonzerne wie RWE stehen dem im Weg. Ihnen muss der Einfluss auf die Energiepolitik entzogen werden.

Seit Jahren setzen sich Anwohner*innen, Klimaaktivist*innen und viele weitere Menschen für den Erhalt des Dorfes Lützerath ein und halten es auch nach dem erzwungenen Auszug des letzten offiziellen Bewohners besetzt. Am 12. November forderten 2200 Menschen mit einem riesigen gelben Kreuz und der Botschaft »FOR 1,5 °C – STOP HERE«, die Kohle unter dem Dorf im Boden zu lassen und den Tagebau auf ein klimaverträgliches Maß zu begrenzen.

Eine Räumung des Dorfes Lützerath kann jederzeit erfolgen. Sie wird nicht ohne Widerstand bleiben. Attac-Mitglieder aus der Region werden sich aktiv daran beteiligen. Wichtig ist dabei nicht nur die unmittelbare Unterstützung vor Ort, sondern auch der Druck durch bundesweite Solidaritätsaktionen.

Mehr Infos u.a. unter:
alle-doerfer-bleiben.de

Die neue Attac-Geschäftsführung

Kompetent für einen guten Zweck



Fotos: privat

Frauke Distelrath, 54, war seit 2006 Pressesprecherin von Attac und hat jetzt die Nachfolge von Stephanie Handtmann als Geschäftsführerin angetreten. Nicolai Wenzel, 37, verstärkt seit vergangenem Jahr das Büroteam als stellvertretender Geschäftsführer und ist dabei unter anderem verantwortlich für Finanzen, Buchhaltung und Personalverwaltung. Wir haben mit beiden über die Geschäftsführung im Attac-Büro gesprochen.

Nicolai, du bist seit November 2021 Teil der Geschäftsführung von Attac – und damit unser »Neuling«. Welcher Weg hat dich zu Attac geführt?

Nicolai: Als gelernter Betriebswirt habe ich mich in verschiedenen Unternehmen immer in den Bereichen Controlling und Personal rumgetrieben. Irgendwann habe ich mit meinem Beruf sehr gehadert. Ich habe an vielen Stellen gemerkt, dass in dem klassischen Unternehmensumfeld mein Job mit meinen Werten kollidiert. Da bin ich über die Stellenanzeige von Attac gestolpert und dachte: Ja, hier kann ich vielleicht meine Fähigkeiten für einen guten Zweck einsetzen.

Und wie sind bislang deine ersten Eindrücke von deiner neuen Aufgabe?

N: Dass die Zusammenarbeit im Team auf Augenhöhe stattfindet, entspricht genau meinen Erwartungen. Neu ist für mich die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Die kannte ich bislang nur aus der anderen Perspektive als Ehrenamtlicher. Das ist natürlich in der Zusammenarbeit etwas ganz anderes. Als Hauptamtlicher in dieser Zusammenarbeit muss man sich auf andere Dinge einstellen, schon was zum Beispiel die Uhrzeiten für Videokonferenzen und Treffen angeht.

Welche politischen Themen liegen dir bei deinem ehrenamtlichen Engagement am Herzen?

N: Es bewegen mich in erster Linie Umwelt- und Klimathemen, aber durch mein Studium von BWL und VWL natürlich auch wirtschaftliche Themen, und damit verknüpft auch zunehmend Soziales. Dass ich bei Attac gelandet bin, ist deshalb ziemlich passend.

Frauke, du warst 16 Jahre Pressesprecherin von Attac. Was war dein Antrieb, die Position zu wechseln?

Frauke: Mir hat der Job als Pressesprecherin immer Spaß gemacht. Aber es haben sich natürlich mit der Zeit Routinen eingeschlichen und auch das Gefühl, ich könnte noch mal etwas Neues machen. Nachdem ich ein Jahr in der stellvertretenden Geschäftsführung war, stand nach Stephanies Weggang die Frage im Raum, ob ich mir ihre Nachfolge vorstellen kann. Mich hat es gereizt, noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Ich kenne die Stärken des Büroteams und weiß recht gut, was im Attac-Netzwerk geht – und was nicht. Ich hatte Lust, als politische Geschäftsführung noch enger angebunden zu sein an die politischen Auseinandersetzungen, Positionen und die Strategiefindung, die in der Hauptsache natürlich bei den Ehrenamtlichen liegt.

Und fehlt dir die Pressearbeit schon?

F: Ich merke, dass es mir noch sehr im Blut ist, und ich habe natürlich auch weiter ein Auge darauf, da die Öffentlichkeitsarbeit in meine Zuständigkeit innerhalb der Geschäftsführung fällt. Was mir an der Pressearbeit immer gefallen hat, ist, dass man sehr gut eine Selbstwirksamkeit sehen kann. Man macht etwas, und am nächsten Tag steht es in der Zeitung. Als Geschäftsführerin

geht es vielmehr darum, Prozesse zusammenzuführen und Fehlentwicklungen zu verhindern – eher ein Wirken im Hintergrund.

Frauke kennt Attac nach so vielen Jahren aus dem Effeft, du, Nicolai, bist dagegen ja von außerhalb von Attac neu dazugekommen. Wie geht ihr mit dieser Unterschiedlichkeit um?

N: Ich denke, wir nutzen sie beide zum Vorteil für Attac. Ich habe mit meiner Erfahrung von außen an manchen Stellen andere Lösungsansätze als die, die sich tradiert haben. Frauke kann mir dafür eine bessere Einschätzung geben davon, welche Lösungsmöglichkeiten für Attac eher passend, welche eher unpassend sind.

F: Ich muss aber auch sagen: Ja, ich kenne Attac schon lange, aber die neue Rolle bringt noch mal eine andere Perspektive auf Attac mit sich. Deshalb fühlt sich vieles auch für mich neu an.

In welche Richtung wollt ihr gemeinsam mit Attac gehen? Wo seht ihr den größten Entwicklungsbedarf?

N: Vor allem die finanzielle Absicherung von Attac ist ein wichtiges Ziel. Es gibt viele Gründe, warum es zurzeit nicht einfach ist, Spenden zu bekommen und neue Mitglieder zu gewinnen. Vor allem die aktuell schwierige wirtschaftliche Situation und Zukunftsängste spielen dabei eine große Rolle. Gleichzeitig professionalisieren wir uns stets weiter. Mir ist wichtig, dass wir unsere Arbeit möglichst effizient gestalten, um noch mehr Ressourcen für Bildungsarbeit und Kampagnen verfügbar zu haben, um politisch wirksam zu sein.

F: Ich denke, dass Attac sich, um zu bleiben, verändern muss. Diese Veränderung möchte ich begleiten. Dazu gehört, dass Attac diverser werden muss. Und nach mehr als 20 Jahren ist es Zeit, unser inhaltliches Profil nachzuschärfen. Aber es wird auch auf die Strukturen geschaut: Was läuft gut, was ist verbesserungsfähig?

Im Moment ist es eine wichtige Aufgabe, Attac gut durch diese Krise zu bringen, sichtbar zu bleiben und deutlich zu machen, dass Attac gerade jetzt ein wichtiger Akteur ist. Das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt bei Attac, das dazu führt, dass wir auch dann da sind, wenn die politische Dynamik gerade fehlt, uns aber auch in die Lage versetzt, in einer veränderten Situation schnell präsent zu sein, ist dabei unsere Stärke.

Stark verbilligte Angebote im Webshop!



Attac (Hg.):
Global gerecht statt G20!
Die Gipfelproteste in Hamburg

Dieser Bildband wirft einen Blick zurück auf die Proteste. Warum wurde protestiert? Und wie? Was hat die Auseinandersetzung um die Camps mit Grundrechten zu tun? Wie verlief der Alternativgipfel? Und wie der offizielle? Wie ist das Verhalten der Polizei zu werten? Herrschten in Hamburg wirklich »bürgerkriegsähnliche Zustände«? Oder handelte es sich um eine »Aufstandsbekämpfungsübung ohne Aufstand«? Wo hat sich Attac in den Protesten verortet und warum? Es wechseln sich inhaltliche Beiträge (zu Bündnispolitik, zur Berichterstattung, zur Grundrechtssitua-

tion etc.) mit Erfahrungsberichten, Interviews und Gesprächsrunden ab. Ein Rückblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber mit dem Anspruch, die offizielle Geschichtsschreibung zu ergänzen und ihr auch, wo es nötig ist, zu widersprechen.

192 Seiten, über 80 farbige Abbildungen,
1,69 Euro statt 16,95 Euro

Robert Brenner, Daniela Dahn,
Friedhelm Hengsbach, Saskia Sassen u.a.:
Kapitalismus am Ende?
Analysen und Alternativen

Es ist an der Zeit, über den Kapitalismus zu reden – und vor allem über Alternativen. Was soll eigentlich und was kann geändert werden? Wollen wir einen anderen, besseren Kapitalismus, oder wollen wir ihn abschaffen? Was könnte dann an seine Stelle treten? Was können wir aus den Fehlern früherer Versuche, den Kapitalismus zu überwinden, lernen?

240 Seiten, **3,70 Euro** statt 14,80 Euro

Bestellungen online unter attac.de/shop,
telefonisch unter 069-900 281-10 oder
per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Judith Amler, Jule Axmann,
Frauke Distelrath, Achim Heier,
Albrecht Stöffler
V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für eine zukunftsfähige, eine sozial-ökologisch ausgerichtete Politik!

Unter dem Angriffskrieg Russlands leiden nicht nur die direkt von Kriegshandlungen Betroffenen wie allen voran natürlich die Menschen in der Ukraine. Dieser Krieg führt in weit mehr Ländern zum Beispiel zu kaum wahrgenommenem Leid auch durch Ernährungs- und -unsicherheit. Und er erschüttert das Vertrauen in die Fähigkeit der weltweiten Staatengemeinschaft, wenigstens angesichts globaler Krisen zusammenzuhalten - seien es Kriege oder der drohende Klimakollaps. In Deutschland führt der Krieg innenpolitisch dazu, dass zukunftsfähige Entscheidungen nicht getroffen werden, und dass die Ampel-Koalition selbst hinter längst getroffene Entscheidungen zurückfällt. Statt die Energiewende voranzutreiben, wird allen Ernstes eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke

diskutiert. Statt Geld für eine zukunftsorientierte Friedenspolitik in die Hand zu nehmen, die in erster Linie bereits gegen die Entstehung von Konfliktherden wirken soll, werden 100 Milliarden zusätzliche Euro für Aufrüstung lockergemacht. Statt Maßnahmen gegen die zunehmende soziale Ungleichheit zu ergreifen, wird diese durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Energiekrise sogar noch verschärft.

Für eine zukunftsfähige Politik müssen wir deshalb genau jetzt aktiv werden - damit uns das gelingt, unterstütze das Engagement von Attac bitte mit deiner Spende!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: Philip Eichler

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2204

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE